

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 17.02.2018

Von Claudia Wangerin

20.02.2018

## NATO auflösen!

*Antikriegsbewegung protestiert in München gegen »Sicherheitskonferenz«. Bündnis hat Repräsentanten des NATO-Partners Türkei angezeigt*



Foto: Montage: jW

Rüstungskonzerne wie Lockheed Martin und Krauss-Maffei Wegmann, der Produzent der zur Zeit von der türkischen Armee im nordsyrischen Afrin eingesetzten »Leopard«-Panzer, fungieren als Partner der »Münchener Sicherheitskonferenz«, die von der amtierenden deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Freitag eröffnet worden ist.

Europa müsse »militärisch mehr Gewicht in die Waagschale werfen«, sagte von der Leyen zum Auftakt der Tagung im Luxushotel Bayerischer Hof. Mehr Eigenständigkeit und

Eigenverantwortung seien die europäische Zukunftsaufgabe, erklärte die Ministerin, die das dreitägige Treffen zusammen mit ihrer französischen Kollegin Florence Parly eröffnete. Ein kleines Stück Wegs sei bereits zurückgelegt, sagte von der Leyen und verwies auf erste Schritte hin zu einer europäischen Verteidigungsunion und auf den Europäischen Verteidigungsfonds. Es dürfe aber nicht beim »Aufbau von Fähigkeiten und Strukturen« bleiben, dahinter müsse auch der »gemeinsame Wille« stehen, »das militärische Gewicht auch tatsächlich einzusetzen, wenn es die Umstände erfordern«, so von der Leyen auf der steuerfinanzierten Privatveranstaltung des früheren Spitzendiplomaten Wolfgang Ischinger.

Eine robuste europäische Verteidigung beginne »zu Hause«, betonte Parly, deren Land seit 2015 im »Kampf gegen den Terror« Erfahrungen mit einem mehrfach verlängerten Ausnahmezustand gesammelt hat. Sie verwies auch auf die Verpflichtung Frankreichs, die Militärausgaben im Zuge der NATO-Vereinbarungen auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.

Der Obmann der Bundestagsfraktion Die Linke im Verteidigungsausschuss, Alexander Neu, attestierte den westlichen Staaten am Freitag ein »imperialistisches Konkurrenzdenken« und Angst, den ökonomischen und ideologischen Wettlauf mit Russland und China zu verlieren. »Der Westen will seinen Machtanspruch damit zementieren«, erklärte Neu anlässlich der 54. Konferenz dieser Art.

Dagegen formiert sich in München Protest. Das »Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz«, das inzwischen 100 linke und friedenspolitische Organisationen unterstützen, ruft für diesen Samstag zur Demonstration ab 13 Uhr auf dem Karlsplatz/Stachus auf. Ab 14 Uhr ist die weiträumige Umzingelung des von 4.000 Polizisten abgeschirmten Tagungshotels geplant.

»Wir fordern den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte, den Austritt Deutschlands aus der NATO und den Militärstrukturen der EU und die Auflösung aller US- und NATO-Militärstützpunkte in Deutschland«, heißt es im Aufruf des Bündnisses. Bei der Auftaktkundgebung soll neben dessen Sprecher Walter Listl auch die Kovorsitzende des Demokratischen Gesellschaftszentrums der Kurdinnen und Kurden in Deutschland – Nav-Dem, Ayten Kaplan sprechen. Der Angriff auf Afrin, deutsche Waffenlieferungen an die Türkei und die Kriminalisierung von Gegnern des dortigen AKP-Regimes auch in Deutschland sind zentrale Themen des Protests. Fahnen und Symbole der syrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) sowie der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ hat das Kreisverwaltungsreferat im

Auflagenbescheid für die Demonstration untersagt – das Bündnis hatte dagegen am Donnerstag eine Klage beim Verwaltungsgericht angekündigt. Gegen den türkischen Ministerpräsidenten Binali Yildirim, der an der Konferenz teilnimmt, und den türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu haben die Organisatoren der Proteste auf Grundlage des Völkerstrafgesetzbuchs eine Anzeige wegen Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges bei der Staatsanwaltschaft München und der Generalbundesanwaltschaft eingereicht